



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Markmannsgasse 7 - 50667 Köln

Herrn Oberbürgermeister  
Fritz Schramma  
Rathaus

per Fax 221 - 26 570

Manfred Rouhs

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

---

23.10.2006

**Antrag für die Sitzung des Rates am 14.11.2006**  
**Deutsch als Umgangssprache in den städtischen Kindergärten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 14.11.2006 aufzunehmen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, sicherzustellen,

- 1.) daß in den kommunalen Kindergärten die deutsche Sprache als einzige Umgangssprache genutzt wird;
- 2.) daß den Kindern die gesetzlichen Feiertage nahegebracht und inhaltlich erklärt und diese entsprechend ihrer Bedeutung auch gefeiert werden.

Begründung:

Ein erheblicher Teil der Kinder, die städtische Kölner Kindergärten besuchen, spricht Deutsch nicht als Muttersprache. Dies betrifft vor allem Kinder mit einem türkischen Migrationshintergrund. Zwar geben rund 70 Prozent der in Deutschland lebenden Türken an, nicht in ihre Heimat zurückkehren zu wollen. Aber nur jeder fünfte von ihnen hat sich für Deutsch als Umgangssprache entschieden, Tendenz fallend.

Die Sprache ist wesentlicher Indikator für die kulturelle Zugehörigkeit eines Menschen. Wer in Deutschland kaum Deutsch spricht, minimiert seine Bildungschancen und die seiner Kinder. Er findet Arbeit bestenfalls im Niedriglohnbereich und trägt ein sehr hohes Risiko, in die Sozialsysteme abzurutschen. Jeder Dritte Zuwanderer aus der Türkei nimmt folgerichtig nicht am Erwerbsleben teil. Viele „Migrantenkinder“ besuchen den Kindergarten, ohne dort gute Deutschkenntnisse zu erwerben - und können dann bereits in der Grundschule dem Unterricht kaum folgen. Sie drücken das Leistungsniveau jener Schüler, die in deutschsprachigen Haushalten leben. Der Anteil von Schülern mit mangelhaften Kenntnissen insbesondere der deutschen Schriftsprache macht an vielen Grund- und Hauptschulen 80 Prozent oder mehr aus. Der „Datenreport 2006“ der Bundeszentrale für politische Bildung führt dazu hinsichtlich der bundesweiten Entwicklung aus:

„In der aktuellen Bildungsdebatte werden ethnische Differenzierung im Bildungssystem und die Anbindung von Bildungschancen an den Migrationsstatus als zunehmend wichtige Ungleichheitsdimensionen angesehen. Trotz vielfältiger bildungs- und schulpolitischer Bemühungen und auch angesichts gestiegener Bildungsbeteiligung und einiger Bildungserfolge bestehen immer noch deutliche und weiterhin zunehmende Bildungsungleichheiten zu Ungunsten der Migrantenkinder. Nicht zuletzt haben Ergebnisse von PISA 2000 für Deutschland wieder in Erinnerung gerufen, daß sowohl Kinder aus jüngst zugewanderten Migrantengruppen als auch Kinder von Migranten aus der zweiten und dritten Generation in der Regel nicht nur schlechtere Lesekompetenzen als einheimische Jugendliche aufweisen, sondern auch - mit großen Variationen zwischen den fremdsprachigen Ausländern - im bundesdeutschen Bildungssystem benachteiligt sind. Die Geburt in Deutschland ist kein Garant für vorteilhafte Schulbildung.“

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Die Allgemeinbildung und die berufliche Ausbildung der hier lebenden und arbeitenden Menschen ist das einzige Pfund, mit dem wir Deutschen im Globalisierungsprozeß wuchern können. Unser Bildungsniveau aber sinkt von Jahr zu Jahr. Infolge dessen wird auch die Bedeutung der deutschen Wirtschaftskraft im internationalen Vergleich immer weiter absinken.

Wer diesen Verfallsprozeß zum Stehen bringen, ihn gar umkehren will, muß dafür sorgen, daß die Quote der in Deutschland lebenden Menschen, die Deutsch als Umgangssprache sprechen, möglichst nahe an 99 Prozent liegt. In klassischen Einwanderungsländern wie Neuseeland oder Australien und übrigens auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in der Schweiz, weiß man das: Wer als Zuwanderer dort keine ausreichenden Sprachkenntnisse erwirbt, wird nach Hause geschickt. Und zwar nicht im Rahmen einer brachialen, menschenverachtenden „Ausländer-raus-Politik“, sondern nach einem geordneten, rechtsstaatlichen Verfahren. Australien, Neuseeland und die Schweiz weisen weniger Demokratie-Defizite auf als die Bundesrepublik Deutschland. Die Integrationspolitik dieser Länder sollten wir Deutschen uns zum Vorbild nehmen. Und damit dort anfangen, in den Kindergärten, wo unter städtischer Verantwortung die ersten Weichen für den späteren Lebensweg junger Menschen gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Rouhs  
- Geschäftsführer -